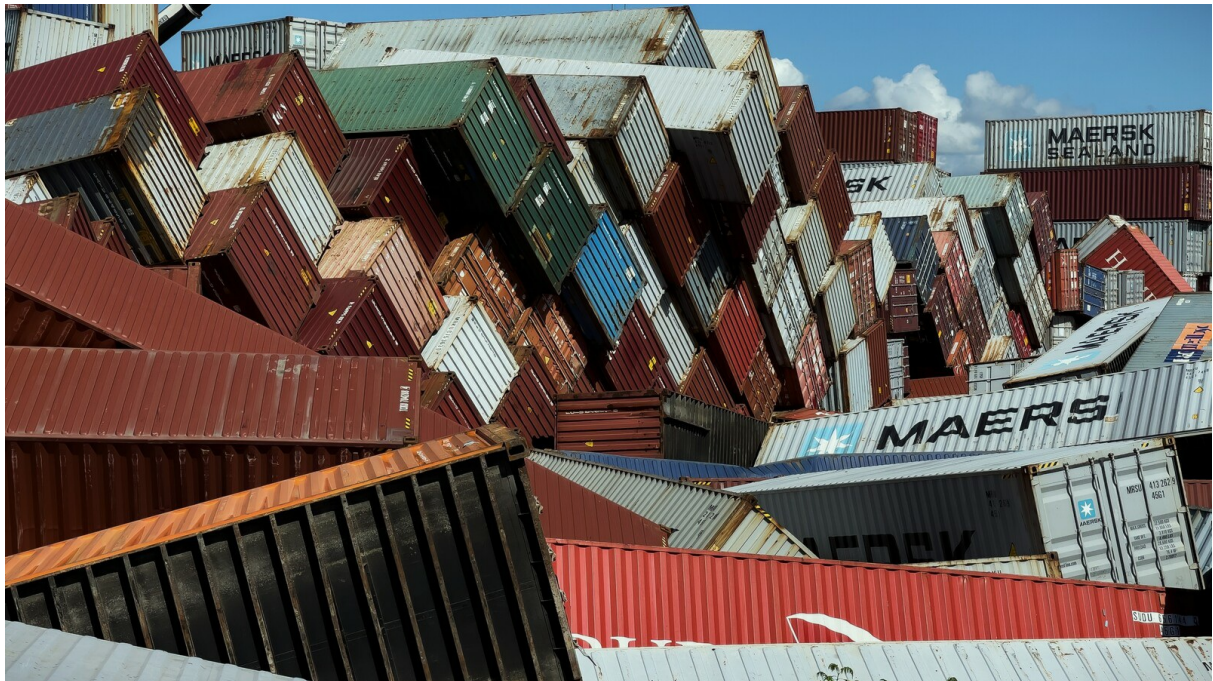




Freitag, 09. Mai 2025, 15:00 Uhr
~18 Minuten Lesezeit

Konkurs-Weltmeister Deutschland

Die Ampel hinterlässt der großen Koalition die Ruine dessen, was mal eine Export- und Industrienation gewesen ist.

von Uwe Froschauer
Foto: Anton Herrington/Shutterstock.com

*Reallöhne fallen und Diäten der Politiker steigen – ein
Kennzeichen der Rezession. Im Wirtschaftsabschwung*

sollen die Bürger den Gürtel enger schnallen. Das gilt jedoch nicht für ihre „Vertreter“. Auch die Moral der Politiker in „unserer Demokratie“ steckt in der Rezession und hat bald ihren Boden, die Depression, erreicht. Der Begriff Demokratie wird immer dann von Antidemokraten häufig verwendet, wenn sie von ihnen wieder einmal kräftig mit Füßen getreten wurde.

Die Ampelregierung hat ganze Arbeit geleistet und die

Voraussetzung dafür geschaffen, dass Deutschland im Jahr 2025 zum dritten Mal in Folge einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts – die Messgröße für den Wohlstand Deutschlands – verzeichnen könnte. Das Werk der Ampel in Richtung Abgrund wird von einer linksgekennzeichneten Großen Koalition (GroKo) zwischen Union und SPD fortgesetzt, mit einem Unterschied: Die Kriegsgefahr hat sich mit „Friedrich dem Großen“, der gerne Taurus-Raketen in die Ukraine liefern würde, enorm erhöht. Und dieser in meinen Augen menschliche Blindgänger weiß natürlich auch genau, wohin man diese Raketen steuern sollte: auf die Krimbrücke. Damit wäre Deutschland Kriegspartei.

Die Bürger wollten eine konservativere Politik und haben ein „Weiter so“ der links-grünen Politik erhalten. Demokratie in Deutschland reduziert sich zunehmend auf das Kreuzchenmachen bei der Wahl, das aber keinerlei Wirkung mehr hat, wie die Bundestagswahl 2025 zeigte. Die Versprechen vor der Wahl wurden innerhalb von wenigen Stunden nach der Wahl um 180 Grad gedreht.

Die repräsentative Demokratie ist in Deutschland am Ende, da seit Langem nicht mehr die Interessen des Volkes, sondern die der

Macht- und Besitzeliten vertreten werden. Der Wählerbetrüger, Bellizist und BlackRock-Agent Friedrich Merz hält zentrale Wahlversprechen wie verschärfte Migrationspolitik und keine neue Schuldenaufnahme nicht ein. Auch die Grünen mischen in der Regierung indirekt wieder mit, da sie Merz genötigt haben, 100 Milliarden von seinem „Sondervermögen Infrastruktur“, in Höhe von 500 Milliarden, für Klimaschutz zur Verfügung zu stellen. Auch haben es die grünen Auftragskiller der deutschen Industrie geschafft, dass der Passus „Klimaneutralität bis 2045“ im neuen Artikel 143h Grundgesetz (GG) aufgenommen wird.

Die Anpassung der Verschuldungsregeln für die Länder nach Artikel 109 Absatz 3 GG, die Öffnung der Schuldenbremse des Bundes (Artikel 115 GG) und die Einrichtung eines weiteren Sondervermögens (Artikel 143h GG) sollen den finanziellen Spielraum für Investitionen in die Verteidigung und die Infrastruktur erweitern. Die Änderungen berühren das Klimaverfassungsrecht durch das im Grundgesetz mit Artikel 143h Absatz 1 Satz 1 festgeschriebene Ziel zur Erreichung der Klimaneutralität. Danach ist das in einem Umfang von bis zu 500 Milliarden zu errichtende Sondervermögen – Neudeutsch für zusätzliche Schulden – neben Investitionen in die Infrastruktur ausdrücklich für „zusätzliche Investitionen zur Erreichung der Klimaneutralität bis zum Jahr 2045“ bestimmt.

Diese Forderung der Grünen, die meines Erachtens auf einer Klimalüge basiert, wird die Wirtschaft Deutschlands und damit auch Europas weiter schwächen.

Insolvenzwelle 2024 und 2025

Die Zahl der Firmenpleiten in Deutschland nimmt nicht ab – im Gegenteil: Sie steigt seit zwei Jahren rasant. An dieser Stelle ein

nicht ernst gemeintes Danke an Robert Habeck und Ampelkonsorten. Im Jahr 2024 wurde mit knapp 22.000 Insolvenzen der höchste Stand seit 2015 erreicht. Im März 2025 lagen die Pleiten laut dem Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) mit 1.459 und zwei Prozent höher als im Vormonat, und es reißt nicht ab.

Im ersten Quartal 2025 waren die Insolvenzzahlen so hoch wie seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2009 nicht mehr.

In wichtigen Wirtschaftsbranchen wie Industrie, Bauwesen und Handel ist laut IWH ein absoluter Höchststand erreicht worden. Gleichzeitig bleibt die Zahl der Firmengründungen auf niedrigem Niveau.

2025 bleibt der Druck trotz moderater Prognosen hoch! Es wird mit einem Anstieg der Insolvenzen in Deutschland um 2 Prozent auf gut 22.000 Insolvenzfälle gerechnet. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU) haben ernsthafte Schwierigkeiten zu überleben. Besonders betroffen sind die Dienstleistungs- und Bauwirtschaft.

Mit einem Anstieg der Insolvenzen im Dienstleistungssektor um 34,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahr (2023) sind hier die Insolvenzzahlen auf ein Zehnjahreshoch geklettert, wodurch Dienstleistungsunternehmen inzwischen fast zwei Drittel der gesamten Insolvenzen ausmachen.

Auch viele Unternehmen der Bauwirtschaft haben bereits Zahlungsschwierigkeiten. Mit einer Insolvenzrate von 98 Insolvenzen pro 10.000 Unternehmen (0,98 Prozent) im ersten Halbjahr 2024 – vor allem aufgrund gestiegener Zins- und Materialkosten – sieht die Zukunft der Bauwirtschaft nicht gerade vielversprechend aus.

Ebenso haben der Einzelhandel und die Automobilindustrie – und insbesondere deren Zulieferer – zu kämpfen. Die Insolvenzen der Automobilzulieferer und Insolvenzen der Autohäuser sind um 120 Prozent im Vergleich zum Vorjahr (2023) gestiegen.

Weitere geschüttelte Branchen sind die Holzindustrie (+105 Prozent), die Metallindustrie (+72 Prozent) sowie die Papier- und Verpackungsindustrie (+61 Prozent), was vornehmlich auf die steigenden Energie- und Rohstoffpreise zurückzuführen ist.

Differenziertere Informationen zu diesem Thema finden Sie **hier** (<https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/712209/insolvenzen-2025-in-deutschland-welche-branchen-besonders-betroffen-sind-und-wie-der-staat-gegensteuert>).

Das ist möglicherweise erst der Anfang. Die Lawine kommt langsam ins Rollen! Es bleibt zu hoffen, dass die neue Regierung mehr Ahnung von Wirtschaft hat als die vorhergehende.

Der öffentlich bestellte und vereidigte, seit 30 Jahren agierende Auktionator Jürgen Philippi, der Reste der insolventen Firmen versteigert, sieht die Zukunft auch mit der neuen Regierung **nicht gerade rosig** (<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/insolvenzen-112.html>):

„In der Finanzkrise 2008 und Folgejahre war viel los. Jetzt ist es aber noch schlimmer. Immer mehr Branchen sind betroffen. Das habe ich noch nicht erlebt“, so Philippi, der mittlerweile rasant gestiegene Anfragen von Insolvenzberatern, für die er Gerichtsgutachten schreibt, ablehnen muss.

Neben immer mehr Insolvenzen gebe es auch mehr Zurückhaltung

bei Käufern auf den Auktionen. Alle sind verunsichert.

„Ich beobachte zunehmend, dass Geschäftsführer ihre angeschlagenen Firmen gar nicht weiterführen wollen, obwohl es noch Marktchancen gibt. Ihre Begründung: zu hohe Steuern, zu viel Bürokratie. ‚Das tue ich mir nicht mehr an‘ – das höre ich immer öfter“, sagt Philippi.

Das Schlimmste käme laut Philippi erst noch:

„Hart ist es vor allem in der Automobilindustrie und der Baubranche. Jetzt erwischt es die Zulieferbetriebe. Wer kein Haus baut, der braucht auch keine Dachpfannen, Rollläden, keine Speditionsfirmen und so weiter. Das schlägt wie ein Dominoeffekt auf alle Bereiche durch.“

Auch der neuen Bundesregierung traut Philippi die Lösung der wirtschaftlichen Probleme nicht zu. Er meint:

„Da habe ich keine Hoffnung. Es fehlen grundlegende Reformen und Vertrauen in die Wirtschaft. Ich fürchte: Die Strukturkrise wird sich verschärfen. Mit diesem Programm wird die neue Bundesregierung die Legislaturperiode nicht überstehen.“

Das sehe ich ebenso, da der angekündigte konservative Politikwechsel nicht kommt und ein „Weiter so“ der linksgrünen Ampelpolitik zu befürchten ist.

Gründe für die rasante Insolvenzwelle

US-amerikanische Zollpolitik

Als Gründe für die zunehmenden Insolvenzzahlen werden unter anderem die von US-Präsident Donald Trump verkündeten, noch nicht aktiven, aber schon auf die Stimmung wirkenden hohen Zölle

auf Waren aus der Europäischen Union und aus vielen anderen Ländern genannt. Sie hätten nach Meinung diverser Experten das Exportklima schon vor der Einführung vergiftet. „Der Zollkrieg belastet das Tagesgeschäft enorm“, sagte der Konjunkturchef Michael Grömling vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW). „Donald Trumps Launen kommen zu einer Unzeit und sind eine Härteprüfung für die deutsche Wirtschaft.“

Hausgemachte schwächelnde Konjunktur in Deutschland

Die Konjunktur in Deutschland schwächelt aber nicht erst seit der launenhaften Politik Trumps. Bereits seit Herbst 2023 sind laut einer Umfrage des IW mehr Pessimisten als Optimisten zu verzeichnen. Aktuell sprechen nur 18 Prozent der befragten 2.000 Unternehmen von einer besseren Geschäftssituation als vor einem Jahr, jedoch 40 Prozent von einer Verschlechterung. „Die Lage hat sich verbessert, sie ist aber insgesamt schlecht“, fasste das IW die Ergebnisse der Konjunkturumfrage **zusammen**

(<https://www.wiwo.de/politik/konjunktur/konjunktur-umfrage-35-prozent-der-unternehmen-planen-2025-einen-stellenabbau/100122447.html>).

Fachkräftemangel im Parlament

Die ehemalige Wachstumslokomotive Deutschland ist heute praktisch das Schlusslicht, der „kranke Mann“ in der EU – ein Umstand, den auch die anderen Mitgliedsstaaten zu spüren bekommen.

Die Wirtschaftskrise in Deutschland ist in erster Linie hausgemacht. Das dafür zuständige „Haus“ war das Wirtschaftsministerium, dem der Kinderbuchautor Robert Habeck in Ampelzeiten vorsah und dem Deutschland zu einem Großteil die weitere Verschlechterung der Wirtschaftslage zu verdanken hat. Der deutsche Wirtschaftsminister seinerzeit sorgte mit Äußerungen in der ARD-Sendung „Maischberger“ im September 2022 für Stirnrunzeln. Auf

die Frage von Sandra Maischberger, ob Habeck diesen Winter mit einer möglichen Insolvenzwellen rechne, antwortete dieser: „Nein, tu ich nicht. Ich kann mir vorstellen, dass bestimmte Branchen einfach erst mal aufhören zu produzieren“ und zu verkaufen.

Wenn „bestimmte Branchen einfach erst mal aufhören zu produzieren“ und zu verkaufen, Herr Habeck, dann kommt es sehr wohl zu Insolvenzwellen – nachzulesen im „1 x 1 der Wirtschaft“. Damit es nicht zur Insolvenz eines Unternehmens kommt, wird ein Unternehmen diverse Maßnahmen zur Krisenbewältigung wie zum Beispiel Personalabbau oder Verlagerung der Produktion ins Ausland mit günstigeren Energie- und Arbeitskosten und dergleichen in Betracht ziehen, was dann auch geschah.

Maischberger hakte nach: „Wenn ich aufhöre, zu verkaufen, dann verdien ich kein Geld mehr. Dann muss ich die Insolvenz anmelden. Nach zwei Monaten, wenn ich's nicht getan habe, hab ich Insolvenzverschleppung.“

Habeck verstrickte sich in seinen Aussagen immer weiter und meinte, man würde insolvent werden, wenn man mit der Arbeit ein immer größeres Minus mache. Maischberger erwiderte, die Betriebe würden pleitegehen, wenn man Angestellte bezahlen müsste, es aber keine Verkäufe gäbe. Habeck meinte dennoch, dass man nicht von einer „klassischen Insolvenz“ sprechen könne.

Herr Habeck, ganz im Vertrauen: Pleite ist pleite!

Ein großer Teil der Schuld für den wirtschaftlichen Verfall Deutschlands liegt bei Ihnen, Herr Habeck, und Ihrer ideologieverbrämten, realitätsverkennenden Partei. Sie haben Ihre Machenschaften, Ihre zahlreichen Fehler, die Sie während Ihrer Amtszeit begangen haben, hartnäckig verteidigt und versucht, aus Ihren Fehlern Tugenden zu machen. Der größte Fehler bei alledem waren jedoch Sie selbst, Herr Habeck, weil Sie von Wirtschaft

einfach entschieden zu wenig Ahnung haben. Sie haben dem deutschen Volk, zu dem Sie kaum einen Bezug herstellen können, schweren Schaden zugefügt und insofern Ihrem geleisteten Amtseid nicht Rechnung getragen.

Volkswirtschaftsprofessor Dr. Christian Kreiß hat Sie und die Russlandhass schürende Annalena Baerbock zu Recht als Auftragskiller der deutschen Wirtschaft bezeichnet. Die Gaspreise der deutschen Industrie waren in den letzten Jahren teils achtmal so hoch wie die der US-Konkurrenz. Aussagen führender Wirtschaftsvertreter wie „Die Substanz der Industrie ist bedroht“, „Wir werden einfach ärmer“, „Für Deutschland male ich Ihnen ein Bild: Ich würde mich nicht wundern, wenn wir am Ende 20 bis 30 Prozent ärmer sind“ scheinen an den unfähigen Protagonisten an der Spitze der Grünen vorbeigegangen zu sein.

Die von Ihnen verschuldete, möglicherweise auch gewollte Deindustrialisierung Deutschlands, Herr Habeck, sehe ich im ersten Fall als Ausdruck Ihrer Unfähigkeit und im zweiten als Hochverrat an.

Nun zu den wesentlichen Gründen für den wirtschaftlichen Verfall im Einzelnen.

Hohe Energiekosten

Die Energiepreise für Verbraucher sowie für die Unternehmen sind entschieden zu hoch. Die Gaslieferungen aus Russland wurden vornehmlich ersetzt durch ökologisch dreckiges, völlig überteuertes Flüssiggas auch aus den USA. Eine von vier Nord-Stream-Pipelines wäre noch intakt, durch die von Russland nach wie vor angebotenes, billiges Gas geliefert werden könnte. Das passt jedoch den USA nicht, die eine unipolare Weltordnung aufrechterhalten wollen, der Russland und China im Weg stehen. Na ja, vielleicht ersteigert ja der Wahlkampfunterstützer Trumps Stephen Lynch die Nord-Stream-Pipelines in einer bereits angedachten Versteigerung in der Schweiz

und bringt die Rohrleitungen damit unter US-amerikanische Kontrolle.

Zur geopolitischen Position Deutschlands beziehungsweise Europas fällt mir ein Zitat von Götz George in seiner Rolle als Tatort-Kommissar Schimanski ein:

„Für mich ist die ganze Welt ein großer Arsch. Und die rechte Arschbacke, das sind die Amerikaner, ja. Die linke Arschbacke sind die Russen, und wir hier in Europa, wir sind das Arschloch.“

Zudem wollen die USA den arbeitsplatzerhaltenden Export eigener Energien wie Flüssiggas sichern. Mit dem „RePowerEU-Plan“ haben sich die russophobe und bellizistische EU unter der Führung der nicht integren EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen und ihre Mitgliedstaaten verpflichtet, ihre Abhängigkeiten von russischen Energieimporten zu beenden. Deutschland hält sich daran, fast alle anderen Mitgliedsstaaten, die nicht ganz so doof sind, nicht.

Die Entscheidung der Ampelkoalition, die letzten drei Atomkraftwerke vom Netz zu nehmen, verknappte zudem das Stromangebot, das zu höheren Preisen für Industrie und Verbraucher führte.

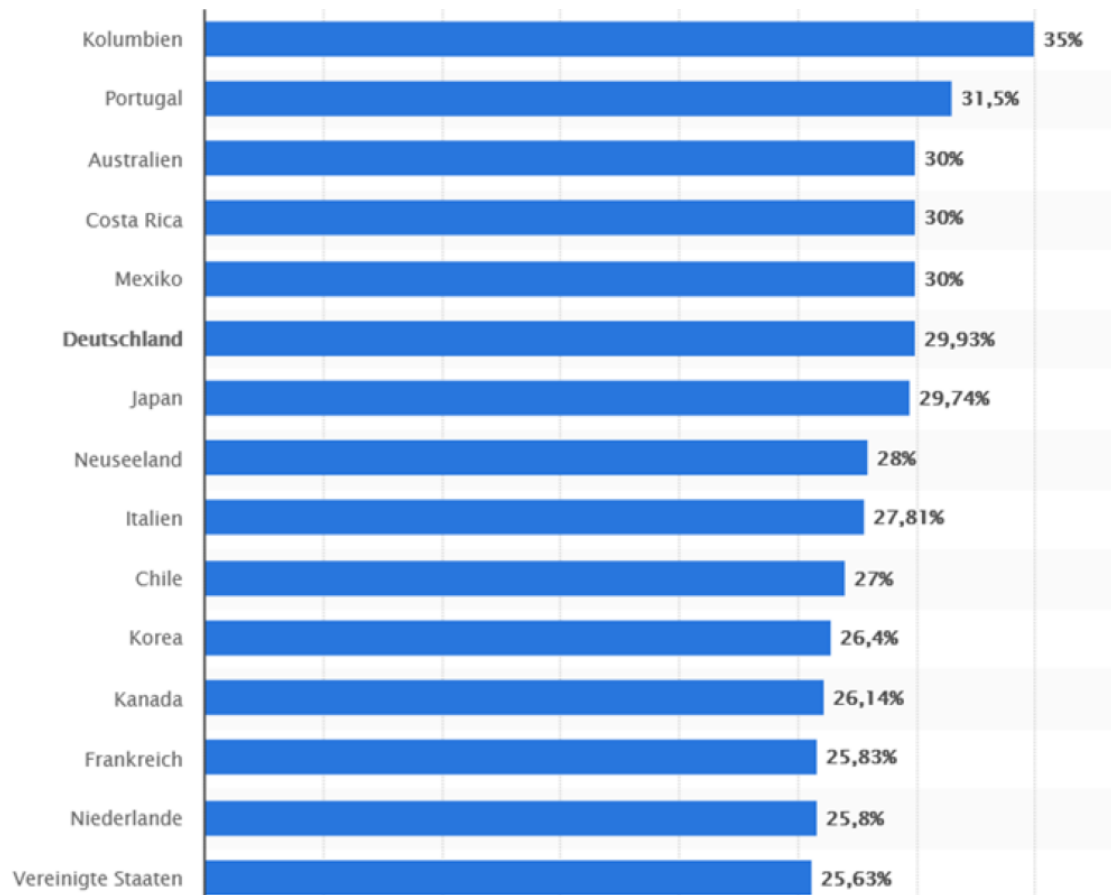
Im neuen Koalitionsvertrag der GroKo wird kaum etwas über Atomkraftwerke gesagt, dafür taucht 37-mal das Wort „Klima“ darin auf.

Das Industrieland Deutschland schafft sich ab – möglicherweise war das das Ziel grüner „vaterlandshassender“ Kräfte.

Hohe Unternehmenssteuern

Im Ländervergleich zahlen deutsche Unternehmen mit die höchste

Körperschaftsteuer. Deutschland steht 2024 auf Platz sechs.



Quelle

[\(https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1225581/umfrage/unternehmenssteuern-ausgewaehlter-laendern/\)](https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1225581/umfrage/unternehmenssteuern-ausgewaehlter-laendern/)

In Irland zahlen die Unternehmen nur 12,5 Prozent Körperschaftsteuer und in Ungarn lediglich 9 Prozent.

Hohe Lohnkosten

Insbesondere die Energiepreiserhöhungen und ihre inflationären Auswirkungen auf andere Güterbereiche verringern die Reallöhne, die zu weiteren, berechtigten Lohnforderungen der Gewerkschaften führen. Die sogenannte Lohn-Preis-Spirale wird in Gang gesetzt. Die Europäische Zentralbank (EZB) hat in den letzten Jahren durch hohe Zinsen versucht, die Inflation zu bekämpfen. Das führte jedoch zu geringeren Investitionen aufgrund vertuerter Kredite. Jetzt senkt die EZB die Zinsen zum Zwecke der wirtschaftlichen Belebung schrittweise wieder. Schauen wir mal, was dann mit der Inflation passiert.

Die seit Herbst 2021 völlig entgrenzte Inflation macht vielen Menschen in Deutschland und in der Eurozone bis heute schwer zu schaffen. In Deutschland haben die Bürger seitdem mehr als 15 Prozent an Kaufkraft verloren. Lohnerhöhungen und Einmalzahlungen konnten diesen Verlust oft nicht ausgleichen. Ihren Höhepunkt im Euroraum hatte die Inflationsrate im Oktober 2022 mit 10,6 Prozent erreicht. Sie lag 2024 nur mehr bei 2,2 Prozent. Real dürfte die Inflationsrate jedoch höher liegen, weil insbesondere die Schwergewichte Mieten und Energiekosten im Warenkorb niedriger gewichtet wurden. In meinen Augen handelt es sich bei solchen Maßnahmen um Manipulation und Vorspiegelung falscher Tatsachen.

Fachkräftemangel und Bürgergeld – demnächst unbenannt in „Grundsicherung für Arbeitssuchende“

Durch die Öffnung der Grenzen und die „Willkommenskultur“ kamen nicht gerade die Fachkräfte nach Deutschland, die man sich aus arbeitspolitischer Sicht gewünscht hätte. Trotz Wirtschaftsflaute können vier von zehn qualifizierten Stellen (exakt: 41,7 Prozent) nicht besetzt werden. Die anhaltende Wirtschaftsflaute hat den Fachkräftemangel in Deutschland kaum reduziert. Laut der 2024 durchgeführten Analyse des Instituts der deutschen Wirtschaft ist der Fachkräftebedarf der deutschen Wirtschaft zwar um 12,8 Prozent zurückgegangen, aber es fehlen immer noch mehr als 530.000 qualifizierte Arbeitskräfte (Höchststand 2022: 630.000). Angespannt ist die Situation nach wie vor in Gesundheits- und Sozialberufen, in Elektroberufen sowie bei handwerklichen Berufen. Auf die zehn Berufe mit den größten Fachkräftelücken entfallen knapp 30 Prozent der gesamten Fachkräftelücke.

Auch die ständige – aus Sicht der Roten und der Grünen erwünschte – Erhöhung des Bürgergelds trägt nicht dazu bei, dass Arbeitsfähige schneller eine Arbeit finden wollen. Viele Fachkräfte

haben sich leider zu „Couchpotatoes“ entwickelt.

Das Lohnabstandsgebot, welches ursprünglich als Grundsatz in der deutschen Sozialgesetzgebung verankert war und 2011 offiziell abgeschafft wurde, steht wieder im Debattenraum. Der Grundgedanke dieses Gebots war, einen deutlichen finanziellen Abstand zwischen dem Einkommen aus Erwerbsarbeit und den Sozialleistungen sicherzustellen. Das verletzte Lohnabstandsgebot interessierte die Ampel jedoch nur peripher.

Eine 2024 vorgeschlagene, Arbeitsunwillige animierende 1.000-Euro-Prämie für Bürgergeld-Empfänger – wie sie auch Wirtschaftsminister Robert Habeck unterstützte, soweit die willigen Langzeitarbeitslosen eine sozialversicherungspflichtige Arbeit neu aufnehmen und mindestens zwölf Monate beschäftigt sind – wäre meines Erachtens ein Schlag ins Gesicht für die arbeitende Bevölkerung, die jeden Tag aufsteht und bei ständig sinkendem Realeinkommen dennoch zur Arbeit geht.

Bundeskanzler Olaf Scholz distanzierte sich von dem Beschluss seines befürwortenden Kabinetts zu Recht mit dem Argument, dass diese Maßnahme nicht gerecht wäre.

Die geplanten Verschärfungen der Bundesregierung beim Bürgergeld im Rahmen ihrer sogenannten Wachstumsinitiative seinerzeit hielt ich nicht für besonders effizient, aber allemal gerechter als diese Prämie für Arbeitsverweigerer.

So sollte bei diesen „Verschärfungen“ den Jobcentern ermöglicht werden, eine „höhere Kontaktdichte“ mit den Beziehern herzustellen. Bisher lag die altersabhängige Kontaktdichte zwischen zwei und sechs Monaten. Jüngere und mutmaßlich leichter vermittelbare Kunden wurden bis dato häufiger vorgeladen. Jobcenter sollen künftig auch monatlich Bezieher von Arbeitslosengeld oder Bürgergeld einbestellen können, um die

„Überprüfung von Absprachen“ kontrollieren zu können. Ein persönliches Gespräch soll demnach stattfinden, „wenn dies zur Eingliederung in den allgemeinen Arbeitsmarkt erforderlich ist“.

Für 2025 wurde von der Ampel eine Nullrunde für das Bürgergeld angekündigt, die FPD hätte sogar eine Kürzung geplant. Mit den Grünen und der SPD in der Regierung war das aber nicht zu machen.

„Es kann auf Dauer nicht gut gehen, wenn jede Frage nach einer höheren Effizienz des Sozialstaates tabuisiert wird“, sagte der SPD-Politiker Peer Steinbrück – der gerne auch Klartext redet – dem *Tagesspiegel*. Eine 1.000-Euro-Prämie für Bürgergeld-Empfänger, die einen Job annehmen, lehnte er ab.

Das Bürgergeld wird künftig in „Grundsicherung für Arbeitssuchende“ umbenannt. Der Begriff „Grundsicherung“ wird bereits verwendet für andere Sozialleistung wie die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Analog hierzu wollten die Grünen in der Ampelkoalition auch die Kindergrundsicherung einführen.

Diese Umbenennung ist jedoch nicht das Gelbe vom Ei. Von den etwa 5,5 Millionen Bürgergeldempfängern sind nur 1,75 Millionen laut Bundesagentur für Arbeit (BfA) tatsächlich arbeitslos. Der Großteil der Bezieher sind Aufstocker, deren Gehalt zu niedrig ist, um das Existenzminimum zu erreichen, sowie Partner und Kinder von Bürgergeld-Empfängern, die im selben Haushalt leben, sowie nicht arbeitsfähige Personen. Mit dieser Umbenennung würde rein sprachlich die Mehrheit der Bedürftigen ausgeschlossen werden.

Überbordende Demokratie

Zu viel Bürokratie ist seit Langem ein großes Problem der Wirtschaft. Laut Zahlen des Münchner ifo-Instituts Ende 2024

geben deutsche Firmen im Schnitt rund sechs Prozent ihrer Umsätze für **bürokratische Tätigkeiten** aus (<https://www.msn.com/de-de/finanzen/personalwesen/sieben-prozent-der-arbeitszeit-b%C3%BCrokratie-kostet-mittelstand-61-milliarden-euro-pro-jahr/ar-AA1DCeRL>).

Die GroKo verspricht einen breit angelegten Bürokratieabbau und will staatliche Entscheidungen, Prozesse und Strukturen modernisieren. Das hatten andere Regierungen vor ihnen auch schon angekündigt. Umgesetzt wurde wenig, im Gegenteil hat die Bürokratie ständig zugenommen

Instabile und ineffiziente Ampelkoalition

Viele Entscheidungen der Ampel stießen auf Unruhe, Unverständnis und auf mehr als berechtigte Kritik bei den Bürgern und den Unternehmen: das idiotische Heizungsgesetz, die gestrichene Prämie für E-Autos, die eventuell wiederkommen soll, die Uneinigkeit beim Bürgergeld, die Energiepolitik, die Ukrainepolitik und so weiter. Unberechenbare und unfähige Regierungen erschweren den Unternehmen ihre Planungen und ihre Existenz.

Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland belastet den Arbeitsmarkt zunehmend. 35 Prozent der Unternehmen planen laut einer aktuellen Umfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln einen Stellenabbau. Besonders betroffen sind die Industrie und exportorientierte Betriebe. Bei Neueinstellungen sind Unternehmen eher zurückhaltend. Nur 24 Prozent der befragten Firmen wollen **neue Stellen schaffen** (<https://www.n-tv.de/wirtschaft/Jede-dritte-Firma-will-Stellen-streichen-article25713718.html>).

In vielen Unternehmen kommen mittlerweile Aufhebungsverträge

(Auflösung des Arbeitsverhältnisses im gegenseitigen Einvernehmen), interne Versetzungen oder Kurzarbeit zum Einsatz, um die krasseste Form der Personalfreistellung — Kündigungen — zu vermeiden, was sich jedoch längerfristig in vielen Fällen vermutlich nicht vermeiden lässt.

Fazit

Das Bruttoinlandsprodukt schrumpfte 2023 und 2024, also zwei Mal in Folge. Im Jahr 2025 könnte der „wirtschaftliche Hattrick“ gelingen. Danke, Herr Habeck. Danke, Frau Baerbock. Und auch Dank an Sie, Herr Merz, dass Sie die desaströse Politik der Ampel, gewürzt mit mehr Kriegstreiberei, weiterführen. Auf die allgemein schlechte Wirtschaftslage können die beiden grünen „Auftragskiller der deutschen Industrie“, als die der Volkswirtschaftsprofessor Christian Kreiß Habeck und Baerbock bezeichnet hat, nicht verweisen. Fast alle anderen Länder der EU und die Industrieländer der G7 haben kein Minus zu verzeichnen.

Also ist diese Flaute hausgemacht und auf die unsägliche Unfähigkeit der Zerstörer zurückzuführen — es sei denn, diese Zerstörung ist gewollt: Dann haben die Protagonisten ihren Auftrag erfüllt und einen Meineid geschworen.

Friedrich Merz hätte das Ruder eventuell herumreißen können, wenn er die Brandmauer zur AfD nicht aufrechterhalten und mit der mittlerweile stärksten politischen Partei Deutschlands, die mehr als ein Viertel der deutschen Bürger inzwischen hinter sich hat, koalitiert hätte. In der GroKo, deren Lebensdauer ich kürzer einschätze als die der Ampel, wird Merz keinen wirtschaftlichen Wandel erreichen. Vielleicht will er das auch gar nicht. Vielleicht ist auch er ein Auftragskiller der deutschen Wirtschaft.

Deutschland befindet sich, seitdem die Ampel bedauerlicherweise die Regierung und der Kinderbuchautor das Wirtschaftsministerium übernahm, als Einzige der großen Industrienationen in einer Rezession, hat einen rasanten Anstieg der Insolvenzen zu verzeichnen, kann ohne massenhafte Stromlieferungen aus dem benachbarten Ausland seine Stromversorgung nicht aufrechterhalten, leidet unter den weltweit höchsten Strompreisen, weil einerseits Überproduktion von Strom ins Ausland quasi verschenkt und andererseits bei Dunkelflauten Strom aus dem Ausland zu horrenden Preisen eingekauft wird, was zusammen mit der Zunahme der Bürokratie in Form von schwachsinnigen, insbesondere „grünen“ Regelungen zu einer Abwanderung der Industrie und einer enorm abnehmenden Investitionsbereitschaft inländischer und ausländischer Firmen in Deutschland geführt hat.

Milliarden von steuerfinanzierten Fördergeldern wurden beispielsweise für Chipfabriken, „grüne“ Stahlwerke oder Batteriefabriken verbrannt. Trotz enormer Steuereinnahmen von 916 Milliarden im Jahr 2023 und knapp einer Billion 2024 waren gewaltige Haushaltslöcher zu verzeichnen. Für diese Misswirtschaft bluten die Sozialsysteme, die vor allem aufgrund verfehlter Migrations-, Klima- und Ukrainepolitik den Bach runtergehen.

Mit den anstehenden, wohl nicht vermeidbaren, insbesondere von der Ampelregierung beziehungsweise Ihnen, Herr Habeck, zu verantwortenden zukünftigen Betriebsschließungen und Massenentlassungen wird die neue Bundesregierung, die Ihr Erbe antritt, zu kämpfen haben. Möglich ist es, Deutschland wieder auf Kurs zu kriegen — aber nur ohne die Grünen.

Mit dem Parteienkonstrukt SPD, Grüne und FDP waren die seit Längerem anstehenden Probleme wie zu hohe Energiekosten, überbordende Bürokratie, unkontrollierter Migrantenzustrom, Ukrainekonflikt, Niedergang der deutschen Wirtschaft, drohende Nichtigkeit Deutschlands und Europas im geostrategischen Spiel

der Kräfte et cetera nicht zu lösen. Der bürgerfeindliche, extrem kostenintensive und die Steuerzahler verhöhrende Unsinn, bestehend aus einer Kombination von völlig unberechtigter Klimahysterie, Russophobie, Genderschwachsinn, Gutmenschentum, Geld für alles und alle, nur nicht für die eigenen Bürger, und so weiter und so fort, führte zum wirtschaftlichen Verfall Deutschlands.

Ein Chaos „Ampel 2.0“ könnte den Deutschen durch die Große Koalition bevorstehen. Leidtragende wären wie zu Coronazeiten und im Ukraine Konflikt wieder einmal die Bürger, die durch gebrochene Wahlversprechen und Lügen bereits kurz nach der Wahl hinters Licht geführt wurden und weiterhin werden.

Beenden möchte ich diesen Artikel mit einem Zitat von Franz Beckenbauer:

„Schauen wir mal, dann sehen wir schon!“

Ich wünsche Ihnen eine angenehme Zeit.

[https://www.amazon.de/dp/B0F31KFMMY?
ref_=k4w_oembed_IWCy5ach88jhcb&tag=kpembed-
20&linkCode=kpd](https://www.amazon.de/dp/B0F31KFMMY?ref_=k4w_oembed_IWCy5ach88jhcb&tag=kpembed-20&linkCode=kpd)

**Hier können Sie das Buch bestellen: „Im Tausel des Niedergangs:
Demokratischer, wirtschaftlicher und kultureller Verfall
Deutschlands“** [https://www.amazon.de/dp/B0F31KFMMY?
ref_=k4w_oembed_IWCy5ach88jhcb&tag=kpembed-
20&linkCode=kpd](https://www.amazon.de/dp/B0F31KFMMY?ref_=k4w_oembed_IWCy5ach88jhcb&tag=kpembed-20&linkCode=kpd)



Uwe Froschauer hat an der Ludwig-Maximilians-Universität München Betriebswirtschaft studiert und abgeschlossen. Sein besonderes Interesse galt der Wirtschaftspsychologie. Er arbeitete als Unternehmensberater, gibt Seminare bei Berufsbildungsträgern, ist Autor mehrerer Bücher und betreibt den Blog **wassersaenge.com** (<https://wassersaenge.com/>). Seine Leidenschaft für weltweite Reisen machte ihn sensibel für Kulturen und Probleme anderer Völker. Er ist naturverbunden und liebt Tiere und Pflanzen.